



II-4415 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN  
 für Umwelt, Jugend und Familie  
 DKFM. RUTH FELDGRILL-ZANKEL

GZ 70 0502/276-Pr.2/91

30. Dezember 1991  
 A-1031 WIEN, DEN.....  
 RADETZKYSTRASSE 2  
 TELEFON (0222) 711 58

1892/AB

1992-01-08

An den  
 Herrn Präsidenten  
 des Nationalrates

zu 1945/J

Parlament  
 1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Niederwieser, Dr. Kepplmüller, Dr. Müller, Mag. Guggenberger, Strobl und Genossen haben am 13. November 1991 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 1945/J betreffend Kunststoffverbrauch und -wiederverwertung gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Welche Mengen an chlorfreien und chlorhältigen Kunststoffen werden in Österreich in Verkehr gesetzt?  
 Nehmen diese Anteile am Müllaufkommen zu oder ab und inwieweit entsprechen sie den in der Einleitung aufgezeigten europäischen Werten?
2. Welche ordnungsrechtlichen Maßnahmen planen Sie, um die Verwendung von unnötig vielen Kunststoffmischungen und/oder unnötigen Verwendungsformen einzudämmen?
3. Welche marktwirtschaftlichen Lösungsansätze planen Sie, um die Kunststoffabfälle einzuschränken?
4. Welche Möglichkeiten sehen Sie darüberhinaus, die Industrie zu veranlassen, weniger Kunststoff einzusetzen bzw. auf umweltverträglichere Kunststoffe umzusteigen?

- 2 -

5. Welche Initiativen haben Sie bereits gesetzt oder planen Sie, um die Verbraucher besser über umweltfreundliche Kunststoffe aufzuklären?
6. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um das Kunststoffrecycling, nicht zuletzt durch eine verpflichtende Kennzeichnung der Kunststoffe, weiter voranzutreiben?
7. Sind Sie bereit, dem Nationalrat im Rahmen des im nächsten Jahr fälligen Bundesabfallwirtschaftsplan auch ein Konzept über die Vermeidung von Kunststoffabfällen bzw. deren besseren Verwertung vorzulegen?

ad 1

Der Fachverband der chemischen Industrie gibt den Anteil der chlorhaltigen Kunststoffe in Österreich mit einer Produktion von ca. 80 000 t im Jahr 1990 an. Dem gegenüber machte der Anteil der chlorfreien Kunststoffe im Jahr 1990 ca. 920 000 t aus (diese Zahl enthält auch Leimharze, ebenso sind in dieser Statistik Doppelzählungen enthalten).

Der Einsatz von Kunststoffen in Österreich gliedert sich derzeit folgendermaßen (Auskunft des Fachverbandes der chemischen Industrie):

Verpackungsindustrie .....	30 %
Bausektor .....	19 %
Elektro-, Elektronikindustrie .....	12 %
Möbel und Einrichtungsgegenstände ..	8 %
Landwirtschaft .....	5 %
Autoindustrie .....	4 %
Klebstoffe, Farben und Lacke .....	4 %
Haushaltswaren .....	3 %
Sonstige .....	15 %

- 3 -

Diese Aufteilung deckt sich ungefähr mit den in der Präambel der parlamentarischen Anfrage zitierten Werten des Einsatzes in den einzelnen Wirtschaftssektoren.

Das Produktionsaufkommen in den verschiedenen Einsatzbereichen stieg laut Statistik der gewerblichen Wirtschaft (Hauptergebnisse der Nichtlandwirtschaftlichen Bereichszählungen 1988; Heft 990/2; ÖSTAT) unterschiedlich stark, wodurch mit einem, wenn auch unterschiedlich stark, aber doch ansteigenden Müllaufkommen zu rechnen ist.

Der Anteil der Kunststoffverpackungen im Hausmüll beträgt nach einer Studie von Scharff und Vogel (Projekt Biotonne Salzburg und Wien 1090) ca. 9,5 %. Der Gesamtanteil der Kunststoffe im Hausmüll beträgt ca. 11,5 %.

ad 2 und 3

Da ein Großteil der vor allem kurzlebigen Produkte aus Kunststoff im Verpackungsbereich eingesetzt ist, läßt die im Begeutachtungsverfahren befindliche, von meinem Ressort ausgearbeitete Verpackungsverordnung, bedingt durch ein darin enthaltenes 80%iges Verwertungsgebot - d.h., daß grundsätzlich zumindest 80 Gewichtsprozent der von der Verordnung erfaßten Verpackungen einer Wiederverwendung oder einer außerhalb der öffentlichen Abfallbehandlung erfolgenden (stofflichen) Verwertung zuzuführen sind - eine Reduktion auf das unmittelbar notwendige Mindestmaß an Einsatz und Verwendungsformen erwarten. Gleichzeitig ist ein Forschungs- und Entwicklungsfortschritt im Bereich des Kunststoffrecyclings durch die durch die erwähnte Verordnung geschaffenen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzunehmen. Es besteht berechtigte Hoffnung, daß durch den Einsatz neuer Techniken höherwertige Sekundärmaterialien gewonnen werden können, was wiederum einen verminderten Einsatz von Primärrohstoffen zur Folge haben wird.

- 4 -

ad 4

Bedingt durch die weitergefaßte Produktverantwortung mit Verwertungsgebot, die auch für die am Bausektor eingesetzten langlebigen Kunststoffprodukte auf Grund der mit 1. 1. 1993 in Kraft tretenden Bauschutt-Trennungsverordnung, BGBl. Nr. 259/1991, gilt, ist auch ein Rückgang schwer verwertbarer Kunststoffe in dem Maß, in dem dadurch höhere Kosten und damit ein Wettbewerbsnachteil resultieren, zu erwarten.

Einen - allerdings nur indirekten - Ansatzpunkt zur Umsetzung der in der Anfrage formulierten Ziele bietet die Zielfestlegung zum Abfallgesetz in der BRD, die einen Einsatz von 25 % Recyclingkunststoff bei Kraftfahrzeugen im Flottenmittel vorschreibt. In Österreich ist davon hauptsächlich die Zulieferindustrie betroffen.

In der BRD wird zur Zeit eine sogenannte Elektro- bzw. Elektronikschrottverordnung diskutiert, die die Rücknahme von Geräten, die Elektro- bzw. Elektronikteile beinhalten, regeln soll. Diesbezüglich werden bereits erste Auswirkungen, z.B. durch die Forderung der Industrie nach Reduktion polybromierter Kohlenwasserstoffe als Flammenschutzmittel, die beispielsweise in Computergehäusen verwendet werden, spürbar.

Ich halte eine derartige Regelung auch für Österreich für sinnvoll und werde mich mit Nachdruck für die Verwirklichung einer solchen einsetzen.

ad 5

Eine grundlegende Information für Verbraucher, zumindest über die Art des Kunststoffes, soll im Bereich der Verpackungen durch die Kennzeichnungsverpflichtung nach der Kunststoff-Kennzeichnungsverordnung, die sich derzeit beim Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten zur Herstellung des Einvernehmens befindet, erfolgen.

- 5 -

Da selbst für Fachleute der Begriff "umweltfreundlicher Kunststoff" kaum zu definieren ist, scheint der Verbraucher mit diesem Begriff grundsätzlich überfordert. Eine Lösung ist auch hier über die erweiterte Produktverantwortung des Herstellers oder Importeurs zu suchen.

ad 6

Ein erster Schritt zur Verbesserung des Recyclings von Kunststoffen ist sicherlich durch eine Kennzeichnungsverpflichtung zu erzielen. Langfristig wird im Bereich der Sortiertechnologien die chemisch-physikalische Trennung und anschließende automatische Sortierung eher Erfolge erwarten lassen. Weiter voranzutreiben sind auch Forschungsvorhaben, die eine Rückführung in Monomere zum Ziel haben, weil eine Regranulierung von Kunststoff, wobei die Ebene der Polymere nicht verlassen wird, nicht zu echtem Recycling führt.

ad 7

Der Bundesabfallwirtschaftsplan soll im Bereich der Kunststoffe vorrangig eine Iststandserhebung und -beschreibung beinhalten, wobei grundsätzliche Aussagen zur Verwertung und Vermeidung getätigt werden. Eine weiterführende Studie soll in diesem Bereich durchgeführt werden, wobei die Ergebnisse allerdings nicht vor der Fertigstellung des Bundesabfallwirtschaftsplanes zu erwarten sind.